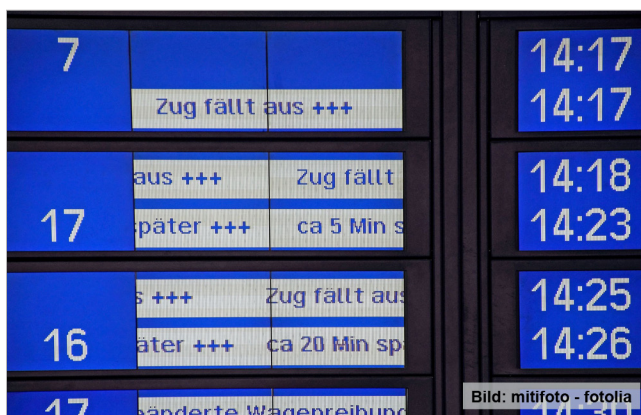


## Dewes: „Für einen erneuten ergebnislosen Streik habe ich kein Verständnis mehr!“

Angesichts des bevorstehenden tagelangen Streiks der GDL im verhärteten Konflikt mit der Deutschen Bahn hat BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes begrüßt, dass dbb-Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt eine Schlichtung ins Spiel gebracht hat. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die GDL diesen konstruktiven Vorschlag nicht im Vorfeld des längsten Streiks in der Geschichte der Bahn ernsthaft prüfe und wiederum zum äußersten Mittel greife – mit fatalen Folgen für den Personen- und Güterverkehr, extremen Belastungen für die Bahnkunden und einem volkswirtschaftlichen Schaden, der nicht länger wegdiskutiert werden könne. Dewes erklärte: „Für einen erneuten ergebnislosen Streik habe ich kein Verständnis mehr! Der Bund ist Anteilseigner der Bahn. Insofern ist die Politik gefordert, Herrn Weber dazu zu bringen, endlich vernünftig zu verhandeln und nicht einseitig der GDL die Verantwortung zuzuschieben.“



Die ernstzunehmende Problematik des Tarifeinheitsgesetzes dürfe nicht mit dem aktuellen Tarifkonflikt mit der Bahn vermischt werden, warnt Dewes, der klar zum Ausdruck bringt, dass er dem Konfrontationskurs der GDL nicht folgt. An die zahlreichen BDZ-Mitglieder, die sich empört über dieses drastische Vorgehen äußern und nicht bereit sind, über ihre Beiträge Streiks dieses Ausmaßes mitzufinanzieren, appelliert er, die Haltung der GDL, die mit der Position des BDZ nicht deckungsgleich sei, nicht auf den BDZ zu übertragen und keine falsche Schlüsse aus der aktuellen Situation zu ziehen.

Der BDZ steht vorbehaltlos zur Kritik des dbb am Tarifeinheitsgesetz, das aus Sicht des dbb und BDZ verfassungswidrig ist.

„Man darf gespannt sein, wie das Bundesverfassungsgericht diese tiefgreifenden Einschnitte in das Arbeitskampfrecht beurteilt“, betont Dewes. Auch das Vorhaben der GDL, Tarifverträge für ihre eigenen Mitglieder zu verhandeln und abzuschließen, sei nachzuvollziehen. Dieses Recht sei mit der Koalitionsfreiheit untrennbar verbunden. Dafür müsse im Konfliktfall auch die Möglichkeit genutzt werden können, in den Streik zu treten. Die Bahn habe den größten Anteil an der Zuspitzung des Konflikts, da ihre bisherigen Scheinangebote darauf abzielten, diese Rechte einzuschränken.

Zu der Eskalationsstrategie, die die GDL seit Langem verfolgt, ohne dass Fortschritte in der Auseinandersetzung erkennbar wären, war der BDZ aber bereits im Lauf des monatelangen Tarifkonflikts auf Distanz gegangen. „Sieben Streiks in Folge haben die zerstrittenen Verhandlungspartner einer Lösung keinen Millimeter nähergebracht. Es ist nicht zu erwarten, dass sich das beim achten Streik – zumal dieses Ausmaßes – ändern sollte“, so Dewes.

Bereits im letzten Jahr hatte Dewes die massive Drohung mit einem der „schlimmsten Arbeitskämpfe“ mit den Worten kommentiert, dass die gravierenden Konsequenzen dieser schwerwiegenden Maßnahme nicht heruntergespielt werden könnten. Bei aller Solidarität mit den tarifpolitischen Zielen, die auch der BDZ befürworte, könne dieser Arbeitskampf nicht in dieser rücksichtslosen Form geführt werden, kritisiert Dewes.

Was die Finanzierung des Streiks angeht, beobachteten die Mitglieder der dbb-Gewerkschaften zu Recht aufmerksam, ob mit ihren Beiträgen verantwortungsvoll umgegangen werde, so Dewes weiter. Hier sei in erster Linie die GDL gefordert. Der dbb-Streikfonds stelle keinen „Blankoscheck“ für finanziell schwer kalkulierbare Risiken dar. Dewes wird sich in den dbb-Gremien dafür einsetzen, dass endlich alle Verhandlungsmöglichkeiten ernsthaft ausgeschöpft werden.